

Mike Schmeitzner / Clemens Vollnhals / Francesca Weil (Hg.)

Von Stalingrad zur SBZ

Sachsen 1943 bis 1949



V&R Academic

Schriften des Hannah-Arendt-Instituts
für Totalitarismusforschung

Herausgegeben von Günther Heydemann

Band 60

Vandenhoeck & Ruprecht

Von Stalingrad zur SBZ

Sachsen 1943 bis 1949

Herausgegeben von Mike Schmeitzner,
Clemens Vollnhals und Francesca Weil

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISSN 2198-7459

ISBN 978-3-525-36972-2

Weitere Ausgaben und Online-Angebote
sind erhältlich unter www.v-r.de.

Mit 9 Tabellen.

Umschlagabbildung: Zerstörtes Dresden vermutlich 1946
Quelle: dpa picture alliance/ZP

© 2016, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, 37073 Göttingen /
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A.
www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der
vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.
Printed in Germany.

Satz: Hannah-Arendt-Institut, Dresden
Druck und Bindung: ☺ Hubert & Co GmbH & Co. KG, Robert-Bosch-Breite 6, 37079 Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Einleitung	9
I. Die nationalsozialistische Kriegsgesellschaft	25
<i>Mike Schmeitzner</i> „Lieber Blut schwitzen ...“. Martin Mutschmann und die sächsische „Gauregierung“ 1943 bis 1945	27
<i>Stephan Dehn</i> Die nationalsozialistische Propaganda in der Spätphase des Zweiten Weltkrieges	47
<i>Silke Schumann</i> Soldaten und Arbeiter für Hitlers Krieg. Einberufungs- und Arbeitseinsatzpolitik in Sachsen 1939 bis 1945	61
<i>Michael C. Schneider</i> Sächsische Unternehmen in der Aufrüstungs- und Kriegswirtschaft	83
<i>Francesca Weil</i> „Ja, liebes Kind, das Leben ist nicht immer zuckersüß.“ Zum Alltag der sächsischen Kriegsgesellschaft im Jahr 1943	99
<i>Gerald Hacke</i> Radikalisierung und Eskalation. Zur Tätigkeit der Justiz in Sachsen während des Zweiten Weltkrieges	117
<i>Ulrich Fritz</i> KZ-Außenlager in Sachsen	139
<i>Martin Clemens Winter</i> Die Todesmärsche in Sachsen. Verbrechen, Ahndung und Gedenken 1945 bis 1949	157
<i>Manfred Zeidler</i> Endkampf um Sachsen. Die militärischen Operationen auf dem Territorium des Freistaats im April und Mai 1945	175

II. Besatzungsmacht und neue Herrschaft	187
<i>Nora Blumberg</i> Mitteldeutschland unter amerikanischer Besatzung. Neuaufbau der Verwaltung und Bemühungen um überregionale Zusammenarbeit am Beispiel von Leipzig	189
<i>Gareth Pritchard</i> Niemandland. Das unbesetzte Territorium im Westerzgebirge April bis Juli 1945	205
<i>Stefan Donth</i> Die Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht bei der Errichtung des kommunistischen Machtapparats in Sachsen von 1945 bis 1952	223
<i>Rainer Behring</i> Das Personal der kommunistischen Diktaturdurchsetzung. Parteifunktionäre und Kommunalpolitiker in Chemnitz 1945 bis 1949	239
<i>Sebastian Rick</i> Diktaturdurchsetzung auf dem flachen Lande am Beispiel der Landkreise Liebenwerda und Schweinitz 1945 bis 1949	259
<i>Tilman Pohlmann</i> Generationen und Herrschaftsetablierung. Die 1. SED-Kreissekretäre der Nachkriegszeit	277
<i>Clemens Vollnhals</i> Die Entnazifizierung als Instrument kommunistischer Machtpolitik	293
<i>Jörg Osterloh</i> „Der Totenwald von Zeithain.“ Die sowjetische Besatzungsmacht und die Untersuchung des Massensterbens im Stalag 304 (IV H) Zeithain	329
<i>Nadin Schmidt</i> Menschliche Reparationen. Der Wissenschaftstransfer nach 1945 an den Universitäten Leipzig und Dresden	353
<i>Oliver Kiechle</i> Fritz Selbmann und die wirtschaftliche Neuordnung im Zeichen der Sozialisierung	367

	<i>Inhalt</i>	7
III. Gesellschaft im Umbruch		383
	<i>Thomas Widera</i>	
	Soziale Ressourcen? Wohnungsnot und Schwarzmarkt in Dresden 1942 bis 1948	385
	<i>Konstantin Hermann</i>	
	Tolerierte Devianz? Jugendpolitik und Jugendkriminalität in Sachsen 1943 bis 1949	407
	<i>Swen Steinberg</i>	
	Jenseits von Politik und Plan? Langfristigkeit als Moment der Transformation sächsischer Unternehmen nach 1945	425
	<i>Sebastian Fink</i>	
	Belegschaft im Wandel. Die Riesaer Stahlwerke 1943 bis 1949	445
	<i>Lutz Vogel</i>	
	Der sächsische Adel und die Bodenreform. Staatliche Restriktionen und individuelle Strategien	465
	<i>Sönke Friedreich / Ira Spieker</i>	
	Integrative Maßnahme oder Vorstufe zur Kollektivierung? Bodenreform und Neubauernprogramm als Instrument der gesellschaftspolitischen Transformation	483
	<i>Annett Bresan</i>	
	Tradition und radikaler Neuanfang für die Sorben in Sachsen	503
	<i>Gerhard Lindemann</i>	
	Von der nazifizierten Landeskirche zur lutherischen Volkskirche. Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens 1943 bis 1950	519
	<i>Hendrik Niether</i>	
	Verfolgung, Vernichtung, Neuanfang. Jüdische Gemeinden in Sachsen 1938 bis 1953	539

IV. Anhang	555
Auswahlbibliografie für das Land Sachsen 1933 bis 1952	557
Abkürzungsverzeichnis	562
Personenverzeichnis	566
Autorenverzeichnis	571

Einleitung

Nach der Kriegswende im Jahr 1945 und trotz der Mobilisierung aller wirtschaftlichen und personellen Ressourcen während des „totalen Krieges“ war die Niederlage Deutschlands absehbar. Auf die bedingungslose Kapitulation des NS-Regimes im Mai 1945 folgten die Besetzung durch die Alliierten und der moralische Bankrott angesichts der ungeheuren NS-Verbrechen. Zeitgleich etablierten sich mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht nach 1945 in Ostdeutschland Strukturen einer neuen Herrschaft, die in immer stärkerem Maße dem sowjetischen Leitbild ähnelten. Bis 1948 vollzogen sich wichtige Weichenstellungen in puncto Politik, Wirtschaft und Elitentransfer – zumeist legitimiert durch den Anspruch einer „antifaschistisch-demokratischen“ Umwälzung. Dennoch steht das Jahr 1945 nicht für die „Stunde Null“; der radikale politische und gesellschaftliche Umbruch schloss neben Brüchen auch Kontinuitäten ein. Weite Teile der Bevölkerung erlebten die Jahre 1945 bis 1949 aber vor allem als eine Zeit der extremen Ausnahmesituation, die das eigene Leben maßgeblich beeinflusste. Untersuchungen zu diesem Zeitraum gibt es bereits für das Gebiet der alten Bundesrepublik,¹ für das der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und frühen DDR stehen sie noch weitgehend aus, auch wenn an einzelne, Zäsuren übergreifende Forschungsergebnisse angeknüpft werden kann.²

Mit dem vorliegenden Sammelband soll damit begonnen werden, diese Forschungslücke weiter zu schließen. Dabei richtet sich der Fokus nicht nur auf die politischen Dimensionen der Entwicklung: Neben den überaus wichtigen Aspekten der Herrschaftssicherung bis 1945 und der Begründung einer neuen Herrschaft nach der Zerschlagung der NS-Diktatur stehen Probleme des alltäglichen (Über-)Lebens und Fragen nach der wirtschaftlichen Dynamik, der Entnazifizierung, der Schaffung neuer Eliten, des Wissenschaftstransfers, der

- 1 Vgl. Martin Broszat/Klaus Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988.
- 2 Vgl. Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hg.), *Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen*, Bonn 2003; Thomas Schaarschmidt, *Regionalkultur und Diktatur. Sächsische Heimatbewegung und Heimat-Propaganda im Dritten Reich und in der SBZ/DDR*, Köln 2004; Francesca Weil, *Entmachtung im Amt. Bürgermeister und Landräte im Kreis Annaberg 1930–1961*, Köln 2004; Michael Parak, *Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen. Elitenaustausch an sächsischen Hochschulen 1933–1952*, Köln 2004; Johannes Frackowiak, *Soziale Demokratie als Ideal. Die Verfassungsdiskussionen in Sachsen nach 1918 und 1945*, Köln 2005; Mike Schmeitzner/Andreas Wagner, *Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952*, Beucha 2006.

Jugendpolitik und der Stellung bestimmter Religionsgemeinschaften im Fokus. Die insgesamt 28 Beiträge zeichnen eben diese Entwicklungsprozesse anhand von Sachsen exemplarisch nach. Die Dreiteilung des Bandes ist dabei bewusst vorgenommen worden, um einerseits die Dimensionen der Zäsur von 1945 zu verdeutlichen, andererseits aber auch noch stärker nach den Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Gesellschaft zu fragen. So folgt dem Teil über „Die nationalsozialistische Kriegsgesellschaft“ der Teil über „Besatzungsmacht und neue Herrschaft“, während sich der dritte Teil der „Gesellschaft im Wandel“ widmet. Das Jahr 1949 als letztes Jahr der SBZ bildet in diesem zeitlichen Gefüge im Wesentlichen den Schlussstein.

Als erkenntnisleitend erscheinen dabei folgende Fragen: Was hielt die Kriegsgesellschaft bis Mai 1945 eigentlich zusammen? Welche Rolle spielten hier konkret Partei, Verwaltung, Propaganda, Justiz, Wirtschaft und Belegschaften, welche wirtschaftliche Bedeutung hatte das KZ-Außenlagersystem und wie reagierte die Bevölkerung auf den Kriegsendterror gegen eben diese (oftmals jüdischen) Sklavenarbeiter? Kam es in dieser Zeit überhaupt zu einer nennenswerten Ablösung von Bevölkerungsteilen vom Nationalsozialismus? Zudem: Wie wirkte sich die vorübergehende Dreiteilung Sachsens (Mai bis Juli 1945) auf Staat und Gesellschaft aus? Ließen sich tatsächlich Kräfte der Selbstorganisation innerhalb der Bevölkerung dort erkennen, wo genau diese ohne Besatzungsmächte einigermaßen frei agieren konnte? Und wie demokratisch nahmen sich derartige Versuche eigentlich aus? Wie rasch und vor allem wie tief gelang es ab Sommer 1945 der nun allein herrschenden sowjetischen Besatzungsmacht und ihres deutschen Instruments KPD/SED, eine neue Herrschaft zu begründen und gesellschaftliche Weichenstellungen vorzunehmen? War dies überhaupt von Anfang an gewollt? Inwiefern spielten neben den Instrumenten des Zwangs und der Unterdrückung Aspekte der Integration und der Aufstiegschancen für bestimmte Bevölkerungsteile eine Rolle? Welche Bedeutung hatten langfristige Prägungen, Kontinuitäten und „Eigen-Sinn“?³ Und schließlich: Welche Möglichkeiten der Entfaltung schuf die Zäsur von 1945 den unterdrückten Sorben, der zerstörten evangelischen Landeskirche und den überlebenden Juden?

Sachsen als Untersuchungsregion verspricht in dieser Hinsicht aufschlussreiche Antworten zu geben, galt diese Region doch vor allem in industrieller Hinsicht als Paradeland des Reiches und der SBZ/DDR und in politischer Hinsicht lange vor 1933 als Hochburg der Linken und später auch der Nationalsozialisten. Außerdem vermochte sich hier die nationalsozialistische Herrschaft am längsten zu halten, und nur hier kam eine zeitweilige Dreiteilung des Landes in amerikanische und sowjetische Zone und ein „Niemandland“ zustande. Die neuen Machthaber betrachteten überdies das Land wegen seines Potenzials als

3 Zum Begriff „Eigen-Sinn“ vgl. Alf Lütke, *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis zum Faschismus*. Ergebnisse, Hamburg 1993; Thomas Lindenberger (Hg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln 1999.

Vorreiterland bei der avisierten Neugestaltung.⁴ Die Zäsur vom Mai 1945 erschien hier – anders als im äußersten Osten und Westen des Reiches – auch deswegen so tiefgreifend, weil in diesem Land die sowjetische und amerikanische Besetzung mit der bedingungslosen Kapitulation des Reiches zusammengefallen war.⁵ Demgegenüber hatten bis gegen Ende 1944 hier noch vielerorts fast friedensähnliche Zustände geherrscht und die unmittelbaren Auswirkungen des Krieges das Land vergleichsweise spät erreicht. Auch nachdem Reichspropagandaminister Joseph Goebbels am 18. Februar 1943 in Berlin zum „totalen Krieg“ aufgerufen hatte, blieb Sachsen – mit Ausnahme von Leipzig nach dem verheerenden Luftangriff im Dezember 1943 – von Kriegshandlungen weitgehend verschont; prägend für diese Jahre war jedoch eine „erhöhte Mobilität“.⁶ Das hieß vor allem, dass Sachsens Bedeutung als Rüstungsstandort, Rekrutierungsregion und Zuflucht für ausgebombte Familien aus anderen Reichsgebieten beständig zunahm.⁷

Wie es den regionalen NS-Machthabern gelang, ihre Herrschaft bis zum bitteren Ende aufrechtzuerhalten und den angesprochenen Bedeutungszuwachs zu erzielen, verdeutlichen die Beiträge des ersten Teiles. Auf der staatlichen Ebene kam Martin Mutschmann, dem langjährigen NSDAP-Gauleiter (1925), Reichsstatthalter (1933) und „Führer der Landesregierung“ (1935), eine besondere Rolle zu: Er, dem nach 1939 als Reichsverteidigungskommissar des Wehrkreises IV (1939) und als Verantwortlicher des sächsischen Volkssturms (1944) auch noch militärischer Einfluss zuwuchs, hielt nicht nur den Partei- und Staatsapparat fest in der Hand, sondern setzte die Verschränkung von Partei und Regierung weiter – und letztendlich gegen den Willen zentraler Entscheidungsträger in Berlin – durch.⁸ Mit der Bildung einer „Gauregierung“ 1943 entwickelte Mutschmann seinen Regierungsapparat zu einem weit schlagkräftigeren Instrument, in dem die sächsische Staatskanzlei zur entscheidenden Machtzentrale aufstieg; ihr waren die bisherigen Ministerien als Abteilungen nunmehr untergeordnet. Seine Versuche, bis zuletzt in der gesamten Region Präsenz zu zeigen⁹ und die Bevölkerung auf eine Kriegsverlängerung einzuschwören, zeitigten aber zumindest ab 1944 kaum noch durchschlagende Erfolge. Die unermüdlichen Anstrengungen des Gau-Propagandaapparates, durch umfangreiche Veranstaltungskampagnen die Suggestion einer omnipräsenten

4 Vgl. Mike Schmeitzner/Stefan Donth, Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952, Köln 2002, S. 531.

5 Vgl. den Beitrag von Manfred Zeidler im vorliegenden Band.

6 Rainer Behring, Das Kriegende 1945. In: Clemens Vollnhals (Hg.), Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig 2002, S. 224–249, hier 224.

7 Vgl. ebd., S. 224 f.; Rainer Karlsch/Michael Schäfer, Wirtschaftsgeschichte Sachsens im Industriezeitalter, Dresden 2006, S. 216–226.

8 Zur Biografie vgl. Andreas Wagner, Martin Mutschmann – Der braune Gaufürst (1935–1945). In: Schmeitzner/Wagner (Hg.), Von Macht und Ohnmacht, S. 279–308; Mike Schmeitzner, Der Fall Mutschmann. Sachsens Gauleiter vor Stalins Tribunal, 3. Auflage Beucha 2012.

9 Vgl. den Beitrag von Mike Schmeitzner im vorliegenden Band.

Gaupartei aufrechtzuerhalten, waren noch weniger von Erfolg gekrönt und mussten bald völlig aufgegeben werden.¹⁰

Selbst die reichsweit forcierten Kampagnen, mit denen der Bevölkerung Hoffnungen auf eine Wende im Kriegsverlauf und Angst vor möglichen Gräueltaten durch alliierte Soldaten eingeflößt werden sollte, dürfte eher weniger der entscheidende Grund für die Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung gewesen sein, bis zum bitteren Ende durchzuhalten. Es waren vielmehr die ohnehin bereits vorhandene Furcht vor der naheliegenden Rache der alliierten Armeen, insbesondere der sowjetischen, und die Angst vor dem wachsenden NS-Terror gegen die eigene Bevölkerung.¹¹

Als Terrorinstrument par excellence kann eine radikalisierte Justiz betrachtet werden, die von Dresden aus gegen Deutsche, Polen und Tschechen vorging. Die nach der Kriegswende von 1943 mitunter erodierende soziale Loyalität der Kriegsgesellschaft – Sehnsucht nach Frieden und Kritik an Hitler nahmen zu – und der mancherorts wieder erwachsene Widerstand trafen auch in Sachsen auf eine gnadenlose justizielle Repression. Todesurteile, z. B. gegen denunzierte sogenannte Volksverräter, wurden bis in die letzten Kriegswochen hinein vollstreckt.¹² Diese justiziellen Radikalisierungsmaßnahmen gingen zwar von den Reichsinstanzen aus, doch wären sie ohne die maßgebliche Unterstützung durch Richter, Staatsanwälte und Justizbürokratie vor Ort nicht durchsetzbar gewesen. Bis zur bedingungslosen Kapitulation waren die Angehörigen der sächsischen Justiz am Terror gegen die eigene Bevölkerung, aber auch gegen Widerstandsgruppen im besetzten Polen und dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ beteiligt und leisteten so ihren Beitrag zum Erhalt der NS-Diktatur.

Zur alltäglichen Funktionsfähigkeit der Verwaltung trug übrigens nicht nur die ausdauernde Dienstbeflissenheit der Justizbeamten maßgeblich bei, sondern die der allermeisten sächsischen Staatsdiener – handelte es sich nun um die Spitze der „Gauregierung“ oder ihrer nachgeordneten Verwaltungen.¹³ Am Beispiel unterer und mittlerer Verwaltungsinstanzen, welche die Arbeitskräftepolitik des Regimes in Chemnitz realisierten, wird deutlich, dass sie die Aufgaben und Probleme der Kriegswirtschaft ganz praktisch lösten. Sie korrigierten

10 Vgl. den Beitrag von Stephan Dehn im vorliegenden Band. Bei den Beiträgen von Dehn und Schmeitzner ist freilich zu beachten, dass sie verschiedene Facetten sächsischer Propaganda in den Blick nehmen: Während Dehn sich der Gaupropaganda der Partei widmet, bezieht sich Schmeitzner auch auf die Propaganda, die von Staats wegen (sächsische Staatskanzlei) proklamiert wurde. Bei der Beurteilung der Frage, welche Wirkung die NS-Propaganda entfaltet hat, sind beide Aspekte zu beachten.

11 Vgl. Ian Kershaw, *Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45*, München 2014, S. 528.

12 Vgl. den Beitrag von Gerald Hacke im vorliegenden Band. Zum wachsenden Terror des NS-Regimes gegen die eigene Bevölkerung vgl. Kershaw, *Das Ende*, S. 528 f.

13 Vgl. Francesca Weil, *Die „Zwickauer Konferenz“*. Informelle Zusammenkünfte westsächsischer Amtshauptleute während der Jahre 1919 bis 1945 im Kontext ihrer Dienstberatungen. In: Günther Heydemann/Jan Erik Schulte/Francesca Weil (Hg.), *Sachsen und der Nationalsozialismus*, Göttingen 2014, S. 91 – 109.

Über- und Fehlsteuerungen der Reichsinstanzen und entwickelten – trotz und wegen des Anweisungschaos – viel administrative Professionalität, Engagement und Eigeninitiative und damit letztendlich eine handhabbare Verwaltungspraxis im Sinne der Regimeziele. Dadurch verwandelten sie die rassistische, verbrecherische Politik des Regimes in „administrative Normalität“.¹⁴

Als durchaus erfolgreich können zudem die Versuche des Regimes gelten, im Interesse einer funktionierenden „Heimatfront“ im Alltag weitgehende Normalität aufrechtzuerhalten.¹⁵ Bis Ende 1944 war das Alltagsleben zwar hauptsächlich geprägt durch die Einberufungen von Männern, die Anstrengungen bei der Lebensmittelversorgung, die eingeführte Arbeitspflicht, die Aufnahme und Unterstützung von Bombengeschädigten und Flüchtlingen und nicht zuletzt durch zunehmende Luftalarme. Viele Sachsen unternahmen aber auch nach wie vor Ausflüge, besuchten Kino- und Theaterveranstaltungen, vergnügten sich in Zoos, Cafés und Restaurants oder feierten, wenn sich Möglichkeiten boten. Die Nutzung solcher und zum Teil auch über die staatlichen Angebote hinausgehender Möglichkeiten zur „Flucht“ aus dem harten Arbeitsalltag trugen nicht zuletzt auch zum Funktionieren des NS-Regimes und zur Fortsetzung des Krieges mit allen Mitteln bei. Auch die meisten Sachsen kamen nicht nur zwangsläufig und selbstverständlich ihrer Arbeitspflicht nach, sondern setzten darüber hinaus – wenn auch in unterschiedlichem Maß – auf Ablenkung vom Kriegsgeschehen und Wahrung von Normalität.¹⁶

In wirtschaftlicher Hinsicht nahm die Bedeutung der sächsischen Region schon ab 1942 entscheidend zu: Große Teile der Rüstungsproduktion wurden aus bombengefährdeten Regionen nach Sachsen verlagert, da sich das Land in den ersten Kriegsjahren noch außerhalb der Reichweite von alliierten Bomberflotten befand. In der Folge entwickelte sich Sachsen zu einem rüstungswirtschaftlichen Schwerpunkt des „Dritten Reiches“.¹⁷ Zahlreiche mittelständische Traditionsbetriebe avancierten – mitunter auch schon vor 1942 – zu expandierenden Rüstungskonzernen. Neben der Hugo Schneider AG (HASAG) in Leipzig zählten die Mitteldeutsche Stahlwerke AG in Riesa/Gröditz,¹⁸ die Vogtländische Maschinenfabrik (Vomag) in Plauen und die Auto-Union in Chemnitz zu den größten Rüstungsbetrieben der Region. In Letzteren wurden wichtige Rüstungsgüter wie Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Panzermotoren, Maschinengewehre und Geschütze produziert.¹⁹ Die HASAG spezialisierte sich am Ende

14 Bernhard Gotto, *Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933–1945*, München 2006, S. 429. Vgl. auch den Beitrag von Silke Schumann im vorliegenden Band.

15 Vgl. Nicholas Stargardt, *„Maikäfer flieg!“ Hitlers Krieg und die Kinder*, München 2006, S. 27.

16 Vgl. den Beitrag von Francesca Weil im vorliegenden Band.

17 Vgl. Behring, *Das Kriegsende 1945*, S. 225.

18 Vgl. den Beitrag von Sebastian Fink im vorliegenden Band.

19 Vgl. Martin Kukowski/Rudolf Boch, *Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz bei der Auto Union AG Chemnitz im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 2014; Gerd Naumann, *Plauen im Bombenkrieg 1944/1945*, 2. Auflage Plauen 2011.

auf modernste Technik wie die Massenfertigung von Panzerfäusten und Raketenwerfern.²⁰ Durch die intensive Einbindung in die Rüstungsproduktion veränderte sich die Struktur der sächsischen Wirtschaft: von Konsumgütern hin zu Investitionsgütern und Kriegsgerät. Möglichkeiten, ihre Unternehmen infolge der militärischen Expansion des „Dritten Reiches“ zu vergrößern, nahmen viele sächsische Firmen wahr.²¹ So expandierte etwa die HASAG zu einem der größten privatwirtschaftlich betriebenen Ausbeutungskomplexe im polnischen Generalgouvernement.²²

Mit dieser Rüstungsexpansion eng verwoben war ein ausgedehntes (Außen-) Lagersystem in Sachsen: 1943 gab es eine Reihe von Kriegsgefangenenlagern²³ und fast flächendeckend zahlreiche Zwangsarbeitslager.²⁴ Zwischen Spätsommer 1944 und Frühjahr 1945 kamen schließlich 54 Außenlager bzw. -kommandos in sächsischen Städten und Dörfern hinzu, die den großen KZ-Hauptlagern, dem bayerischen Flossenbürg, dem thüringischen Buchenwald und dem niederschlesischen Groß-Rosen, unterstanden.²⁵ Anfang 1945 mussten hier über 30 000 Häftlinge Zwangsarbeit leisten.²⁶ Vor Kriegsende wurden Tausende von ihnen „evakuiert“ und auf „Todesmärsche“ durch fast ganz Sachsen getrieben.²⁷ Die genaue Zahl der Opfer ist unbekannt, doch kann für Sachsen von einer Zahl im vierstelligen Bereich ausgegangen werden.²⁸ Bereits Ende Januar 1945 wurden die „Evakuierungs“-Transporte aus den Lagern im Osten durch Sachsen geschickt. Von den Außenlagern der KZ Buchenwald, Flossenbürg und Groß-Rosen gingen zudem nicht nur Räumungstransporte aus, sie dienten auch häufig als Zwischenstationen. Unmittelbar vor Kriegsende führten zahlreiche „Todesmärsche“ auf dem Weg in das noch unbesetzte Protektorat über säch-

20 Vgl. Mustafa Haikal, Von der Petroleumlampe zur Panzerfaust. In: Leipzig Permoserstraße. Zur Geschichte eines Industrie- und Wissenschaftsstandorts, Leipzig 2001, S. 12–53 hier 50 f.

21 Vgl. den Beitrag von Michael C. Schneider im vorliegenden Band.

22 Vgl. Haikal, Von der Petroleumlampe zur Panzerfaust, S. 12–53; ders., Exkurse und Dokumente zur Geschichte der Hasag. In: ebd., S. 54–73; ders., Die Standorte der Firma im Zweiten Weltkrieg. In: ebd., S. 74–79.

23 Vgl. den Beitrag von Jörg Osterloh im vorliegenden Band; ders., Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenen-Mannschaftslager 304 (IV H) Zeithain bei Riesa/Sa. 1941 bis 1945, Leipzig 1997.

24 Vgl. Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (Hg.), Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939–1945, Dresden 2002.

25 Vgl. Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Flossenbürg. Das Konzentrationslager Flossenbürg und seine Außenlager, München 2007; Ulrich Fritz, Verwischte Spuren. Die ehemaligen Außenlager des KZ Flossenbürg in Sachsen. In: Dachauer Hefte, 24 (2008), S. 46–62; Irmgard Seidel, Der Einsatz von KZ-Häftlingen in den Werken der Hasag 1944/45. In: Leipzig Permoserstraße, S. 84–95; Felicja Karay, Wir lebten zwischen Granaten und Gedichten. Das Frauenlager der Rüstungsfabrik HASAG im Dritten Reich, Köln 2001.

26 Vgl. den Beitrag von Ulrich Fritz im vorliegenden Band.

27 Vgl. Katrin Greiser, Die Todesmärsche von Buchenwald. Räumung, Befreiung und Spuren der Erinnerung, Göttingen 2008; Daniel Blatman, Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords, Reinbek bei Hamburg 2011.

28 Auskunft Ulrich Fritz, Stiftung Bayerischer Gedenkstätten, vom 13.8.2013.

sisches Territorium.²⁹ Die Mehrzahl der Sachsen nahm diese Verbrechen teilnahmslos hin, manche beteiligten sich auch an ihnen.³⁰

Das Ende des NS-Gaus Sachsen kündigte sich im Frühjahr 1945 an: Nach ersten schweren Luftangriffen vornehmlich Ende 1943 auf Leipzig begann Anfang 1945 eine Luftoffensive gegen Dresden, Chemnitz und Plauen. Dabei stand als letzte sächsische Großstadt wiederholt Plauen im Fokus der Angriffe. Am 10. April 1945, sechs Tage vor dem Einmarsch US-amerikanischer Truppen, wurde die vogtländische Metropole weitgehend dem Erdboden gleichgemacht. Die Stadt zählte wie Dresden zu den am stärksten zerstörten Städten Deutschlands.³¹ Im April und Mai 1945 rückten schließlich sowjetische und amerikanische Truppen in Sachsen ein, was das Land zu einem der letzten Kampfgebiete auf deutschem Boden werden ließ. Die Kämpfe um Sachsen kosteten bis zu 20000 sowjetischen und polnischen sowie bis zu 8000 deutschen Soldaten das Leben.³² Am 25. April 1945 trafen sich US-amerikanische und sowjetische Truppen bei Torgau erstmals auf deutschem Boden.³³

Stellten die letzten Jahre des „Dritten Reiches“ für die deutsche Bevölkerung zweifellos eine „extreme Ausnahmesituation“ dar, verband sich mit dem Sturz des NS-Regimes von außen und der Errichtung einer neuen Herrschaft in der SBZ in noch viel stärkerem Maße als in den Westzonen ein „revolutionärer Umbruch“, dem auch hier eine „Übergangs- und Inkubationszeit“ zugrunde lag.³⁴ Wie tief der revolutionäre Wandel war – und zwar in allen Bereichen der Gesellschaft – zeigen die Beiträge im zweiten Teil des Bandes. Den Ausgangspunkt dafür bildete allerdings eine zeitweilige Dreiteilung des sächsischen Territoriums. Am 10. Mai 1945 war fast ganz Sachsen von sowjetischen und amerikanischen Truppen besetzt; letztere kontrollierten Teile Westsachsens jedoch nur bis Anfang Juli 1945. Aufgabe der hier seit April geschaffenen lokalen amerikanischen Militärregierungen war es, den kämpfenden Truppen den Rücken freizuhalten, indem sie für Sicherheit und Ordnung sorgten. Außerdem setzten sie neue deutsche Verwaltungen ein, die aber keinesfalls gleichberechtigte Partner waren, wie das Beispiel Leipzig zeigt. Dennoch konnten in der Großstadt relativ zügig funktionsfähige Verwaltungsstrukturen und eine einigermaßen arbeitsfähige Stadtverwaltung aufgebaut werden.³⁵

Aufgrund der autonom entstandenen Selbstverwaltungsinitiativen dürfen die aus nicht geklärten Gründen unbesetzt gebliebenen beiden Regionen im sächsischen Westerzgebirge besonderes Interesse beanspruchen. Neben einem

29 Vgl. Fritz, *Verwischte Spuren*, S. 49 f.

30 Vgl. den Beitrag von Martin Clemens Winter im vorliegenden Band.

31 Vgl. Naumann, *Plauen im Bombenkrieg*.

32 Vgl. Reiner Groß, *Geschichte Sachsens*, Leipzig 2001, S. 277 f.

33 Vgl. den Beitrag von Manfred Zeidler im vorliegenden Band.

34 Broszat/Henke/Woller, *Einleitung*, S. XXX.

35 Vgl. den Beitrag von Nora Blumberg im vorliegenden Band; dies., *Leipzig unter amerikanischer Besatzung. Einblicke in die Arbeit der Stadtverwaltung unter Provisional Military Government Detachment A*, Magisterarbeit Universität Leipzig 2011.

kleinen Gebiet von wenigen Dörfern handelte es sich vornehmlich um eine Zone von 1500–2000 km² um die Städte Stollberg, Schneeberg, Aue und Schwarzenberg.³⁶ Hier lebten ca. 500000 Einwohner und Flüchtlinge, quasi zwischen den amerikanischen und sowjetischen Linien. In diesem „Niemandland“ übernahm die antifaschistische Bewegung ohne Hilfe von außen die Macht und baute unter den gegebenen Umständen eine funktionierende Verwaltung auf. Wegen der kommunistischen Dominanz vor 1933 gaben vor allem deren überlebende Führer im Raum Schwarzenberg den Ton an; ebenfalls existierende sozialdemokratische Zirkel um die „Schwarzenberger Zeitung“ blieben mit ihrem Rechtsstaatsdiskurs dagegen weniger prägend. Deswegen und aufgrund der erheblichen Kluft zwischen der kommunistisch dominierten Antifa und der örtlichen Bevölkerung nahm ihre unabhängige Herrschaft in kurzer Zeit autoritäre Züge an. Eine demokratisch-sozialistische Alternative, wie sie noch Stefan Heym so wirkmächtig literarisch beschworen hatte,³⁷ lässt sich somit realiter kaum bestätigen.³⁸

Die Dreiteilung Sachsens hielt ohnehin nur wenige Wochen an: Aufgrund der Vereinbarung der vier Siegermächte über die Zonenaufteilung Deutschlands verließen die amerikanischen Truppen Westsachsen bis zum 1. Juli 1945 wieder. Am Tag darauf wurde das Territorium der Sowjetischen Militäradministration (SMA) unterstellt; Gleiches widerfuhr dem bisherigen „Niemandland“.³⁹ Damit gehörten diese Gebiete zur SBZ und ab 1949 zum Territorium der DDR.

Die neue Herrschaft, die hier die sowjetische Besatzungsmacht zuerst mit Hilfe der Initiativgruppe der KPD (u. a. Anton Ackermann, Hermann Matern und Kurt Fischer) errichtete, entsprach nur scheinbar einem demokratischen Neuanfang: Zwar wurden noch im Sommer 1945 auch in Sachsen mehrere Parteien (KPD, SPD, CDU, LDP) und Gewerkschaften gegründet sowie im Herbst 1946 Wahlen nach getrennten Listen auf der kommunalen und der Landesebene abgehalten. Doch unterstützte und ebnete die Sowjetische Militäradministration (SMA) vor allem einer politischen Kraft den Weg zur Hegemonie in Staat

36 Zur Ausdehnung des unbesetzten Gebietes vgl. umfassend Peter Bukvic, Antifaschistische Selbsthilfe im Westerzgebirge. In: Jochen Czerny (Hg.), Republik im Niemandland. Ein Schwarzenberg-Lesebuch, Scheuditz 1997, S. 89–111, hier 89–92. Das betreffende Gebiet beinhaltet demnach ein weit größeres Territorium, als der Landkreis Schwarzenberg (ca. 560 km²) umfasst. Vgl. Lenore Lobeck, Die Schwarzenberg-Utopie. Geschichte und Legende im „Niemandland“, Leipzig 2004, S. 18. Die Fokussierung auf „Schwarzenberg“ (Stadt bzw. Kreis) verstellt häufig den Blick auf die in Rede stehende Gesamtfläche.

37 Stefan Heym, Schwarzenberg, München 1984.

38 Vgl. den Beitrag von Gareth Pritchard im vorliegenden Band. Vgl. auch Mike Schmeitzner, Alfred Fellisch 1884–1973. Eine politische Biographie, Köln 2000, S. 426–433, besonders 431 f. Für den erwähnten Rechtsstaatsdiskurs exemplarisch erscheint der Beitrag „Warum musste Deutschland so untergehen?“ In: Schwarzberger Zeitung vom 16.6.1945.

39 Vgl. Katrin Keller, Landesgeschichte Sachsens, Stuttgart 2002, S. 276; Gareth Pritchard, Niemandland: A History of Unoccupied Germany, 1944–1945, Cambridge 2012, S. 179.

und Gesellschaft: den deutschen Kommunisten. Der KPD bzw. (seit Frühjahr 1946) der SED gelang es so schon 1945/46, im Block der „antifaschistisch-demokratischen“ Parteien (in dem das Einstimmigkeitsprinzip galt) und mit einer entsprechenden Kaderpolitik in den staatlichen Verwaltungen ihre hegemonale Rolle durchzusetzen. Da die Bereiche Inneres (vor allem Polizei), Wirtschaft und Bildung in ihre Kompetenzen fielen, vermochte sie zu einem frühen Zeitpunkt maßgebliche sozialökonomische Weichenstellungen vorzunehmen, die in Richtung einer Gesellschaft sowjetischen Typus wiesen. Auch wenn derartige Strukturen erst im Zuge der Entfaltung des Kalten Krieges (1947/48) weit umfassender und schneller zur Realisierung kamen, kann schon die erste Phase ab 1945 unter dem bekannten Diktum der „Diktaturdurchsetzung“ subsumiert werden.⁴⁰

Wie zügig und tiefgreifend solche frühen Weichenstellungen von KPD/SED und SMA ins Werk gesetzt wurden, zeigt einmal mehr der Blick in einen ländlichen Mikrokosmos an der nördlichen Grenze Sachsens: In den Landkreisen Liebenwerda und Schweinitz (Sachsen-Anhalt) hatte die KPD/SED mit tatkräftiger Unterstützung der SMA von Beginn an sämtliche Schlüsselpositionen der Verwaltungen in die Hand bekommen und im Zuge der Boden- und Industriereform Großgrundbesitzer, Großbauern und Unternehmer enteignet – flankiert durch massive Verhaftungswellen der SMA, die sich vordergründig gegen NS- und Kriegsverbrecher richteten. Derartige Weichenstellungen waren – dank der Haltung der SMA – auch nicht durch die Wahlerfolge von CDU und LDP bei den Kreis- und Landtagswahlen 1946 zu korrigieren.⁴¹

40 Vgl. den Beitrag von Stefan Donth im vorliegenden Band. Zum Begriff „Diktaturdurchsetzung“ vgl. auch Klaus-Dietmar Henke, *Deutschland – Zweierlei Kriegsende*. In: Ulrich Herbert/Axel Schildt (Hg.), *Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948*, Essen 1998, S. 337–354, hier 353; Rainer Behring/Mike Schmeitzner, *Einleitung*. In: diess. (Hg.), *Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952*, Köln 2003, S. 7–24; Klaus-Dietmar Henke, *Die Trennung vom Westen. Der Zusammenbruch der Anti-Hitler-Allianz und die Weichenstellung für die kommunistische Diktaturdurchsetzung in Ostdeutschland*. In: ebd., S. 413–458, hier 413 f., 439 ff.; Mike Schmeitzner, *Was war die DDR? Anmerkungen zum Selbstverständnis einer „Diktatur des Proletariats“*. In: *Deutschland Archiv*, 6/2009, S. 1042–1051; Schmeitzner/Donth, *Die Partei der Diktaturdurchsetzung*; Mike Schmeitzner, *„Die Kommunistische Partei will nicht Oppositionspartei sein, sondern sie will Staatspartei sein.“ Die KPD/SED und das politische System der SBZ/DDR (1944–1950)*. In: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals (Hg.), *Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955*, Köln 2006, S. 271–311. Zur Kritik am Begriff „Diktaturdurchsetzung“ vgl. Dierk Hoffmann, *Nachkriegszeit. Deutschland 1945–1949*, Darmstadt 2011, S. 57. Hingegen bestätigt einer der besten Kenner der sowjetischen Deutschlandpolitik, Jan Foitzik, auch in neueren Veröffentlichungen den kurzen und bewusst herbeigeführten Weg „von der Besatzungsdiktatur zur Parteidiktatur“ auf der Grundlage sowjetischer Quellen. Jan Foitzik, *Einleitung*. In: ders., *Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954. Dokumente*, München 2012, S. 5–154, hier 49 f.

41 Vgl. den Beitrag von Sebastian Rick im vorliegenden Band. Ricks Dissertation zum selben Thema erscheint 2015 in der Schriftenreihe des HAIT.

Wer diese „Diktaturdurchsetzung“ im Einzelnen vorantrieb, vermag am Beispiel Chemnitz verdeutlicht zu werden. Da waren zum einen die überlebenden kommunistischen Funktionäre, die im Sommer 1945 als Verwaltungsspitzen und Funktionäre im „Parteienblock“ den politischen Kurs vorgaben. Zum anderen gab es aber auch maßgebliche Vertreter der SPD und der CDU, die als Spitzenfunktionäre ihrer Parteien oder als Verwaltungsexperten diesen Kurs entweder vollständig oder wenigstens partiell mittrugen – und damit eine solche Entwicklung erst ermöglichten. Vielfach wird man in solchen Fällen wohl von einer ideologischen Nähe bzw. einer „mit Realitätsverweigerung verbundenen aktiven Anpassungsbereitschaft“ ausgehen müssen.⁴² Doch nicht nur im Falle der nichtkommunistischen Parteien wird deutlich, welches Potenzial vonseiten der SMA und KPD/SED vereinnahmt werden konnte: Schon in den späten 1940er-Jahren hatte die neue Hegemonialpartei damit begonnen, neben „alten Kadern“ auch gezielt neue Personen in regionale Schlüsselpositionen der Partei zu etablieren. Die erfolgreiche Integration eines Teils der Hitlerjugend-Generation war allerdings mit deren völliger ideologischer Indoktrination und politischer Vereinnahmung verbunden.⁴³

Von kaum zu unterschätzender Bedeutung für die politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen sollten sich die Instrumente der Internierung und Entnazifizierung für den Aufbau neuer Verwaltungen erweisen: Im Zuge einer großen Verhaftungswelle von Nationalsozialisten und Funktionären der NS-Verwaltung wurden bis September 1945 in Sachsen über zehntausend Personen verhaftet und in ein „Speziallager“ verbracht; insgesamt dürften es rund 40 000 gewesen sein, die ohne Einzelfallprüfung jahrelang interniert wurden. Das Speziallager Bautzen wurde als eines der letzten erst im Februar 1950 nach der Staatsgründung der DDR aufgelöst. Weiterhin verurteilten Sowjetische Militärtribunale in Sachsen rund 10 000 Personen, wobei bis 1947 die Verfolgung von NS- und Kriegsverbrechen im Mittelpunkt stand, während ab 1948 in den Urteilsgründen die tatsächliche oder vermeintliche Gegnerschaft zum neuen Regime überwog. Das Instrument der Entnazifizierung zielte hingegen auf eine personalpolitische Säuberung der staatlichen Verwaltungen ab, in deren Gefolge ab Sommer 1945 alle NSDAP-Mitglieder entlassen werden sollten – eine Vorgabe, die jedoch vielfach unterlaufen wurde. Da die freigewordenen Stellen bevorzugt mit KPD-Mitgliedern neu besetzt wurden – Anhänger der bürgerlichen Parteien erfuhren eine systematische Benachteiligung –, beschränkte sich die Entnazifizierung somit nicht auf die unumgängliche Säuberung von Schlüssel-

42 Vgl. den Beitrag von Rainer Behring im vorliegenden Band. Mit sozialdemokratischen Spitzenpolitikern der SBZ, welche die Politik der SED nach 1946 maßgeblich unterstützten, beschäftigten sich bereits Dierk Hoffmann, Otto Grotewohl (1894–1964). Eine politische Biographie, München 2009; und Solveig Simowitsch, „... Werden als Wortbrüchige in die Geschichte eingehen...“. Sozialdemokratische Konvertiten. Wilhelm Höcker, Carl Moltmann, Otto Buchwitz und Heinrich Hoffmann, Berlin 2006.

43 Vgl. den Beitrag von Tilman Pohlmann im vorliegenden Band.

stellungen, sondern diente immer auch der Durchsetzung des kommunistischen Machtanspruchs auf allen Ebenen. Besonders rigoros ging man im Polizeidienst vor, in dem alle Polizeibeamte – unabhängig von ihrer politischen Belastung – entlassen wurden. Schon 1946 gehörten von insgesamt 14 800 Mitarbeitern im Polizeidienst über 13 600 der SED an.⁴⁴ Bei diesem Personalaustausch griff die neue Hegemonialpartei vor allem auf jüngere und aus der Arbeiterschaft stammende Personen zurück, für die sich dieser Transfer als ungeahnter Aufstieg und Integration in die neue Herrschaft erwies. Solche Aufstiegschancen waren nicht nur auf den Bereich der Polizei beschränkt.

Wie kompliziert sich allerdings der Aufbau neuer Strukturen und Apparate für die SED erweisen konnte, zeigt indes der für die Partei besonders bedeutende Wirtschaftsbereich. Obwohl gerade hier die sowjetische Besatzungsmacht von Anfang an rigide eingriff, um einer neuen – auf Sozialisierung und Planung beruhenden – Wirtschaftsordnung den Weg zu ebnen, bewirkte sie mit ihrer konkreten Politik (Demontagen, Reparationen, Planvorgaben) hin und wieder auch das Gegenteil. Dies musste Fritz Selbmann (KPD/SED), der durchsetzungsstarke und intelligente Wirtschaftsminister Sachsens, bei der Realisierung seiner Politik, der Sozialisierung von Großbetrieben und deren staatliche Steuerung, recht schnell zur Kenntnis nehmen.⁴⁵ Überdies hatte er noch eine ganz andere „Erbschaft“ beider Besatzungsmächte anzutreten – den z. T. massiven Abfluss „menschlicher Reparationen“ aus den Universitäten des Landes.⁴⁶ Die sächsische „Schrittmacher“-Funktion bei der wirtschaftlichen Neuordnung (Walter Ulbricht) kam unterdessen nirgends deutlicher zum Ausdruck als bei dem am 30. Juni 1946 angesetzten Volksentscheid über die schon vorher eingezogenen Betriebe von „Nazi- und Kriegsverbrechern“. Die von SMA und SED langfristig gesteuerte Aktion machte klar, dass es bei diesem Referendum „hauptsächlich um eine Verschiebung ökonomischer Macht und nicht um einen Akt der Sühneleistung ehemaliger NS-Verbrecher oder ein ergebnisoffenes Plebiszit ging“.⁴⁷ Welchen Stellenwert SMA und SED dieser Aktion beimaßen, zeigt selbst die termingerechte propagandistische Ausschlichtung der geöffneten Massengräber von Zehntausenden sowjetischer Kriegsgefangener in Zeit-hain, die – zumal unter Stalin als „Verräter“ behandelt – ansonsten eher eine untergeordnete Rolle spielten.⁴⁸

Dass abseits der beschriebenen herrschaftsgeschichtlichen Ebene der Blick auf konkrete gesellschaftliche Probleme und Phänomene interessante Aufschlüsse

44 Vgl. den Beitrag von Clemens Vollnhals im vorliegenden Band. Zu ähnlichen Zahlen für das Kriminalamt Dresden kommt Mike Schmeitzner, Formierung eines neuen Polizeistaates. Aufbau und Entwicklung der politischen Polizei in Sachsen 1945–1952. In: Behring/Schmeitzner (Hg.), Diktaturdurchsetzung in Sachsen, S. 201–267, hier 205.

45 Vgl. den Beitrag von Oliver Kiechle im vorliegenden Band; Winfrid Halder, „Modell für Deutschland“. Wirtschaftspolitik in Sachsen 1945–1948, Paderborn 2001.

46 Vgl. den Beitrag von Nadin Schmidt im vorliegenden Band.

47 Vgl. den Beitrag von Oliver Kiechle im vorliegenden Band.

48 Vgl. den Beitrag von Jörg Osterloh im vorliegenden Band.

über sozial-, alltags- und mentalitätsgeschichtliche sowie gruppen- und generationenspezifische Entwicklungen zu bieten vermag, zeigen die Beiträge im dritten Teil, die meist Zäsuren übergreifend angelegt sind. Der Fokuswechsel veranschaulicht eindrucksvoll, dass bei der Zäsur von 1945 keineswegs von einem scharfen Schnitt durch alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche gesprochen werden kann – unabhängig davon, dass der Systemwechsel in der Ostzone (Sachsen) wesentlich rigider als in den Westzonen ausfiel. In welcher Weise etwa autoritäre Prägungen über die Zäsur von 1945 hinaus tradiert und im Sinne der neuen Herrschaftsbildung fruchtbar gemacht werden konnten, verdeutlichte bereits der Beitrag über die generationenspezifischen Besonderheiten der Kaderentwicklung der SED auf Kreisebene.⁴⁹

Von elementarer Bedeutung für die Bevölkerung und Zäsuren übergreifend zugleich erwiesen sich Wohnraumnot und Schwarzmarktgeschäfte – vornehmlich als Ausdruck der extremen Ausnahmesituationen der Kriegs- und Nachkriegszeit. Am Beispiel Dresdens wird allerdings deutlich, dass bereits bestehender Wohnraumangel vor 1939 mittels gezielter antisemitischer Politik (individuelle und kollektive Vertreibung von Juden aus ihren Wohnungen) eingedämmt werden sollte. Doch vermochten weder solche Maßnahmen noch der Bau von „Behelfsheimen“ infolge der alliierten Luftangriffe (ab 1944) die immer stärker voranschreitende Verschärfung des Wohnraumangels auszugleichen. Anders als auf diesem Gebiet bot der Schwarzmarkt als ein Instrument der Kompensation von Mangel jedoch auch Möglichkeiten zur Selbstorganisation. Die Händler agierten zwar durchaus eigennützig und verfolgten ihre Interessen, doch sie wollten auch die Umstände, unter denen sie lebten, selbst mitgestalten, Nutzen daraus für sich, aber ebenfalls für andere ziehen, die Beschränkungen nicht einfach hinnehmen. Nicht zuletzt zeigten sich darin auch Grenzen der diktatorischen Verfügungsmacht des Staates über einzelne Menschen. Der Schwarzmarkt lieferte damit auch materielle und soziale Potenziale für die Nachkriegszeit – Elemente der Kontinuität über die Zäsur von 1945 hinweg.⁵⁰

Von Kontinuitäten kann auch dort die Rede sein, wo spezifische Auswirkungen der Kriegs- und Nachkriegszeit auf Jugendliche zu beobachten waren. Das daraus resultierende Problem der Jugendkriminalität beschäftigte NSDAP und SED gleichermaßen, denen es weder in der End- noch in der Anfangsphase gelang, die Jugend als Ganzes organisatorisch wie politisch zu kontrollieren. Auf die extremen Ausnahmesituationen reagierten beide Parteien durchaus ähnlich – mit einer „tolerierten Devianz“: Während die NSDAP (und die HJ) Übergriffe und Vandalismus vor allem gegen Andersdenkende und Behinderte zu kanalisieren versuchte, doch auch um rigide disziplinarische und erzieherische Mittel nicht umhin kam, versuchte die SED (und die FDJ) in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit politischen und kulturellen Zugeständnissen die Jugend zu

49 Vgl. den Beitrag von Tilman Pohlmann im vorliegenden Band.

50 Vgl. den Beitrag von Thomas Widera im vorliegenden Band.

integrieren; erst ab 1948 setzte die SED stärker auf das Instrument der Disziplinierung, das nunmehr auch die berühmtesten „Jugendwerkhöfe“ umfasste.⁵¹

Kontinuitäten anderer Art lassen sich hingegen im sozialökonomischen Bereich nachweisen. Ungeachtet der Tatsache, dass schon 1945/46 ein von oben gesteuerter Umwälzungsprozess in Richtung Planung und Sozialisierung einsetzte, war die ökonomische Transformation auch in Sachsen durch eher langfristige Prozesse geprägt. Diese spielten sich vor allem auf dem vorerst weiter bestehenden privatwirtschaftlichen Sektor eigener- oder familiengeführter Unternehmen ab, die etwa identifikatorische Bezüge zu (ehemaligen) Eignern, Produkten und Standorten oder personale Kontinuitäten in Betriebsleitungen und Belegschaften aufzeigten. Bis zu einem stärkeren Austausch der vorher eingesetzten Treuhänder bzw. Betriebsleiter aus dem Umkreis der (ehemaligen) Eigentümerfamilien ab Ende 1948 lassen sich solche Prozesse zu Anfang auch noch in den größeren, bereits verstaatlichten Unternehmen beobachten.⁵² Am Beispiel der Belegschaft des Stahl- und Walzwerks Riesa wird überdies deutlich, wie politisch indifferent sich ein großer Teil vor und nach 1945 verhielt, während sich ein kleinerer Teil versuchte, „Freiräume“ zu verschaffen, die durch die steigende Zahl der Fehlstunden und Krankheitstage sowie den zunehmenden Rückzug ins Private zum Ausdruck kamen. Die Handlungsspielräume der Beschäftigten nach 1945 erwiesen sich jedoch als weitaus größer als während der NS-Zeit.⁵³ Offensichtlich entwickelten sie Verhaltensweisen, die ihnen das Leben innerhalb der Gefüge beider Diktaturen erleichterten, die aber keinesfalls auch nur ansatzweise das jeweilige System in Frage stellten oder gar destabilisierten.

Mit dem Fokus auf den adligen Großgrundbesitzern und Neubauern werden im Bereich der Landwirtschaft nicht so sehr die ebenfalls hier anzutreffenden Kontinuitäten thematisiert, sondern die mit der „demokratischen Bodenreform“ verbundenen Brüche in der Sozialstruktur des Landes. Die entschädigungslose Enteignung der (adligen wie bürgerlichen) Großgrundbesitzer und die Vergabe des Bodens an Neubauern bildeten dabei zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die Enteignung der Großgrundbesitzer vollzog sich im Herbst 1945 in nur wenigen Wochen und sollte die soziale Schicht als Ganzes treffen – nämlich als „Bastion der Reaktion und des Faschismus“, wobei es KPD und SMA gleichgültig erschien, ob der Einzelne tatsächlich Nationalsozialist oder „Antifaschist“ gewesen war. Die Betroffenen – und dies markiert das stalinistische Vorgehen – wurden überdies ihrer Heimat verwiesen, wobei man ca. 1 000 von ihnen auf die Insel Rügen deportierte. Nutznießer der Enteignung – und partiell auch der abgebrochenen Herrensitze, die als Baumaterial dienen sollten – waren

51 Vgl. den Beitrag von Konstantin Hermann im vorliegenden Band. Zum Umgang mit der Jugend in den Westzonen bzw. eines Teils des HJ-Führungskorps auf Kreisebene im Ruhrgebiet vgl. Everhard Holtmann, Die neuen Lassalleaner. SPD und HJ-Generation nach 1945. In: Broszat/Henke/Woller (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform, S. 169–210.

52 Vgl. den Beitrag von Swen Steinberg im vorliegenden Band.

53 Vgl. den Beitrag von Sebastian Fink im vorliegenden Band.

sogenannte Neubauern, die in der Regel Landarbeitern und der landarmen Bauernschaft entstammten. Fast die Hälfte von ihnen hatte Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten erlebt. Diente der KPD das Programm primär der Konsolidierung im ländlichen Raum, begrüßten es die allermeisten Neubauern als echte Chance für einen Neuanfang, gleichgültig, ob der geringe Umfang der Neubauernstelle (im Schnitt: ca. acht Hektar) und deren oftmals geringe Rentabilität sich bereits als Etappen auf dem Weg in die spätere LPG erwiesen.⁵⁴

Als befreiende Zäsur wurde wiederum der Mai 1945 von ethnischen und religiösen Gruppen empfunden, die vordem der Unterdrückung oder gar Vernichtung unterlegen hatten. Für die Sorben, die einzige in Sachsen beheimatete ethnische Minderheit der Slawen, bedeutete der Untergang des NS-Regimes das Ende von allen Versuchen, die eigenen Institutionen und sogar das eigene ethnische Profil zu zerschlagen. Die erstmalige Gleichstellung mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung per Gesetz (1948) war allerdings mit der Vereinnahmung ihrer Dachorganisation (Domowina) durch die SED verbunden.⁵⁵ Der evangelisch-lutherischen Landeskirche wiederum gelang es nach 1945 aus eigener Kraft, die inneren Zerstörungen des deutschchristlichen Kirchenregiments zu überwinden und in einer Koalition aus kirchlicher Mitte und führenden Kräften der „Bekennenden Kirche“ die innerkirchliche Ordnung auf demokratischer Basis neu zu etablieren.⁵⁶ Die wenigen Überlebenden der einstmals blühenden und nach Tausenden zählenden jüdischen Gemeinden Sachsens vermochten es immerhin zaghaft, sich in Leipzig, Dresden und Chemnitz neu zu verankern – nach den Jahren des Terrors und der Vernichtung vieler Angehöriger ein Schritt, der Mut und Selbstvertrauen offenbarte. Die Vertreibung vieler Gemeindevorstände infolge einer „Antizionismus“-Kampagne der SED im Jahre 1953 ließ jedoch die Fragilität dieser Neuverankerung in bestürzender Weise deutlich werden.⁵⁷

Nimmt man die eingangs formulierten Fragestellungen und Teilantworten der einzelnen Beiträge zusammenfassend in den Blick, dann lassen sich folgende Aussagen treffen: Nach der Wende von Stalingrad setzte das Regime auch und gerade auf der Ebene seiner Mittelinstanzen (Sachsen) eine weitere Radikalisierung in Gang, welche die eigene Herrschaft stabilisieren und effizienter gestalten sollte. Eine Ablösung von nennenswerten Teilen der Gesellschaft vom Nationalsozialismus lässt sich für diese Jahre nicht erkennen. Wohl wuchs in weiten Teilen der Bevölkerung die Friedenssehnsucht, die aber nicht mit einer Gegnerschaft zum Regime verwechselt werden darf. Regierung, Verwaltung, Wirtschaft, Arbeitskräftelenkung und Repressionsapparate erfuhren noch ein-

54 Vgl. die Beiträge von Lutz Vogel sowie von Sönke Friedreich und Ira Spieker im vorliegenden Band. Vgl. auch Matthias Donath, *Die Erfindung des Junkers. Die Bodenreform 1945 in Sachsen*, Dresden 2011; ders., *Rotgrüne Löwen. Die Familie von Schönberg in Sachsen*, Dresden 2014.

55 Vgl. den Beitrag von Annett Bresan im vorliegenden Band.

56 Vgl. den Beitrag von Gerhard Lindemann im vorliegenden Band.

57 Vgl. den Beitrag von Hendrik Niether im vorliegenden Band.

mal einen Bedeutungszuwachs und blieben bis zur endgültigen Besetzung fast vollständig intakt. Der 1945 vollzogene Systemwechsel unter sowjetischer Besetzung und der Hegemonie der KPD/SED führte – anders als in den Westzonen – zu weitaus stärkeren Brüchen: So etwa hinsichtlich des politischen Systems, bei der Säuberung von Verwaltung und Wirtschaft von Nationalsozialisten und mit Blick auf die Schaffung erster wichtiger Elemente eines neuen planwirtschaftlichen Systems. Doch ungeachtet dessen lassen sich auch Kontinuitäten beobachten, die selbst von dem neuen System nicht (sofort) unterbunden werden konnten oder wollten – ein weiter blühender Schwarzmarkt, der „Eigen-Sinn“ von Belegschaften und Jugendlichen, aber auch autoritäre Prägungen und identifikatorische Bezüge in (vorerst) weiter bestehenden Unternehmen privater und verstaatlichter Provenienz. „1945“ ist für Sachsen letztlich Chiffre für mehreres: der Untergang der nationalsozialistischen Diktatur, der Durchsetzung einer neuen Diktatur unter Führung der KPD/SED, aber auch eröffneter Chancen zur (kontingentierten) Entfaltung bislang unterdrückter ethnischer und religiöser Gemeinschaften.

Wie immer, wenn ein Manuskript beendet ist, gilt es Dank abzustatten für die vielfältige Unterstützung, welche die Herausgeber erfahren haben. In erster Linie gilt dies für unsere (zeitweiligen) HAIT-Mitarbeiter Martin Jost, Robin Reschke und Eric Caspar, die sich mit großem Engagement und beeindruckender Sorgfalt der Durchsicht der einzelnen Texte sowie der Erstellung der Register und der Auswahlbibliografie gewidmet haben. Zu bedanken haben wir uns ebenso herzlich bei der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung und ihrem stellvertretenden Leiter Werner Rellecke für die Aufnahme des Bandes in die Reihe der Landeszentrale und für die Organisation der gemeinsamen Tagung am 22. April 2015 in Dresden, auf der ein Teil der Beiträge bereits öffentlich vorgestellt werden konnte. Für wertvolle Anregungen danken wir zudem Andreas Kötzing (HAIT) und Thomas Schaarschmidt (ZZF) und unserem bewährten Redaktionsteam unter Leitung von Frau Kristin Luthardt und Dipl.-Ing. Walter Heidenreich für das Lektorat. Zu danken haben wir weiterhin vielen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen des HAIT, die unser Vorhaben von Beginn an intensiv unterstützt und mit eigenen Forschungsergebnissen bereichert haben. Zu nennen sind hier Silke Schumann, Michael C. Schneider, Jörg Osterloh, Gerhard Lindemann, Rainer Behring, Manfred Zeidler und Gerald Hacke. Als äußerst produktiv erwies sich überdies die enge Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen des in Dresden benachbarten Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde (ISGV) und des Lehrstuhls für sächsische Landesgeschichte – Ira Spieker, Sönke Friedreich, Lutz Vogel und Swen Steinberg –, die sich in den letzten Jahren intensiv mit den sozialen Umbrüchen in Sachsen nach 1945 beschäftigt haben.

Dresden, im September 2015

Mike Schmeitzner, Clemens Vollnhals,
Francesca Weil

I.

Die nationalsozialistische Kriegsgesellschaft